

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Monatsjahresabonnement 0,75 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Besteller  
ins Haus 10 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Breitwälder)  
Berlin N.O. 55, Breitwälder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 26 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Breitwälderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 57/58.

Berlin, Sonnabend, 15. Juli 1916.

Achtundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Auf dem Wege zur Einheitschule. — Die Alten im Wirtschaftsleben. — Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbände. — Literatur. — Angelegen.

### Auf dem Wege zur Einheitschule.

Die Forderung nach einer deutschen Einheitschule gewinnt an Boden. Nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Oberstudienrats Dr. Kerchensteiner-München fasste die deutsche Lehrerversammlung am 2. Juni 1916 im Kiel einstimmig einen Beschluß, der die organisch gewachsene, nationale Einheitschule fordert, die einen einheitlichen Lehrplan zur Voraussetzung hat und in der jede Trennung nach sozialen und konfessionellen Rücksichten beseitigt ist.

Wenn wir nun auch noch nicht so weit sind, daß diesem Beschlusse des deutschen Lehrertages unbedingt Folge gegeben wird, so mehren sich doch die Anzeichen dafür, daß den grundlegenden Gedanken der Einheitschule größeres Verständnis entgegengebracht wird auch dort, wo man sich gegenüber jeder Änderung des geltenden Aufbaues bisher ablehnend verhielt. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurden zwar Anträge der sozialdemokratischen Fraktion (die das Schulleben auf der Grundlage der Einheitlichkeit und Unparteilichkeit und der Weltlichkeit und nach den Richtlinien einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik regeln wollte) und der fortschrittlichen Volkspartei (dieser Antrag verlangte in jeder Provinz Einrichtungen derart zu treffen, daß Schüler, welche die Volksschule durchgemacht haben, in eine höhere Schule aufgenommen werden und in 5 bis 6 Jahren das Reifezeugnis erhalten können) abgelehnt. Das Abgeordnetenhaus beschloß aber am 17. März d. J., die königliche Staatsregierung zu ersuchen: zu erwägen, wie besonders veranlaßten Schülern, welche die Volksschule durchgemacht haben, der Uebertritt in höhere Schulen und die zeitliche Ablegung der Reifeprüfung ermöglicht wird, und baldmöglichst Maßnahmen zu treffen, auf Grund welcher besonders begabte Volksschüler in größerem Umfang als bisher der Besuch höherer Schulen und so der Zugang zu allen Berufen ermöglicht wird. Weiter empfahl das Abgeordnetenhaus der Regierung u. a., geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die für die Schüler der sogenannten Vorschulen bestehenden Bevorzugungen beim Uebergang in die höheren Schulen aufgehoben werden. Als Folge dieses Beschlusses wurde in den Tageszeitungen ein Erlaß der Unterrichtsverwaltung angekündigt, der den Volksschülern den Uebergang zu höheren Schulen erleichtern sollte. Neuerdings wird jedoch mitgeteilt, daß diese Ankündigung irrtümlich erfolgt sei. Die Unterrichtsverwaltung beabsichtigt nicht den Uebergang von Volksschülern zu höheren Schulen zu erleichtern. Die Zukunft wird ja lehren, welche Lesart die richtige ist. Es wäre zu bedauern, wenn die preussische Unterrichtsverwaltung dem Wunsche des Abgeordnetenhauses nicht nachkommen würde, was aber nicht hindern darf, die Stellungnahme des preussischen Landtagsparlamentes als einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege zur Einheitschule zu bezeichnen.

Mit der Einheitschule geht es ebenso wie mit anderer Forderung, die zunächst Widerständen aller Art begegnet, bis es den Vorsetzern der Idee schließlich doch gelingt, mit ihren Anschauungen durchzudringen. So wird es auch mit der deutschen Einheitschule werden. Mit Recht nennt der Wortführer für Bildung und Schulleben, Generalsekretär Leow, in einer letzten er-

schienenen Schrift des deutschen Lehrervereins „Die deutsche Einheitschule“ (Verlag von Julius Klinkhardt in Leipzig) die Forderung der Einheitschule eine reife Frucht und eine geschichtliche Notwendigkeit. Und ebenso berechtigt ist es auch, wenn Leow die gegenwärtige Zeit als besonders geeignet bezeichnet für die Beseitigung aller hemmenden Schranken, die heute noch unser Schulleben umgeben. Er schreibt:

„Ein Volk das seit fast dreihundert Jahren einen im ganzen freilich dürftigen Unterricht genossen hat, ein Volk, das durch seine wirtschaftliche Arbeit zum Einseitigen und zur Betätigung höchster geistiger Kräfte genötigt wird, ein Volk, das sich in beispielloser Eingebe und Einnütigkeit schüßeln vor seinen heimischen Herd stellt, kann fürder nicht nach engbegrenzten und das Volksganze bei Seite setzenden Anschauungen unterrichtet und erzogen werden.“

Es kam nicht unsere Aufgabe sein, das reiche Material, welches Leow ausmitten der Einheitschule anführt, auch nur andeutungsweise hier wiederzugeben. Das gefört zu den Ausgaben der Tageszeitungen und noch mehr der pädagogischen Fachblätter. Die Leser unseres Organs werden aber Auslassungen interessieren, die Leow über „die deutsche Schule, wie sie ist“ macht. Leow weist darauf hin, daß durch die Entwicklung des deutschen Volkes Ungleichheiten in der öffentlichen Jugendberziehung stärker empfunden werden, als es früher der Fall war. Der Abstand zwischen Oben und Unten, zwischen Arm und Reich, zwischen Gelehrte und Ungelehrte ist geringer geworden bei den Erwachsenen und noch mehr bei den Kindern. Auch die Kinderstufe des Arbeiterhauses ist heute, vielleicht noch nicht in der Regel, aber häufiger gut. Der Arbeiter verliert oft über eine „leichte oder höhere Bildung als sein Arbeiter.“ Armut ist nicht mehr gleichbedeutend mit Unbildung. Die Forderungen daraus für das Schulleben aber sind noch nicht gezogen. Weiter hebt Leow hervor, daß unter den ein und einviertel Millionen Kindern, die im Alter von 14 Jahren unsere deutschen Volksschulen verlassen, viele sind, zweifellos etwa 1000 Tausende hochbegabte junge Menschen, die für die rein körperliche Betätigung, der sie ausgeführt werden, nicht geeignet, dafür aber für geistige Arbeit in jeder Beziehung befähigt sind.

„Wären sie eine Möglichkeit, wie in der guten alten Zeit in merkwürdigen Jahren, die ihnen nach dem Besuch einer leistungsfähigen Volksschule noch festere höhere Bildung anzuweisen, so würden nicht wenige den ihnen durch ihre Begabung gewiesenen Weg einschlagen und zu dem in erfolgreicher, ihrer Eigenart entsprechender Arbeit liegenden Lebensglück gelangen. Lebhaftig die einseitig nach den Wünschen und Verhältnissen einer kleinen Kinderheit von Wohlhabenden ausgeschnittene Gehalt unserer höheren Lehranstalten verbaut ihnen den Weg. Der arme Bauer, der „keine Schule hat“, mag er auch ein Genie sein, wandert in den Fabrikkal, in die Stein- und Kohlengrube, auf das Rüben- und Kartoffelfeld, auch wenn sein Körper für nichts dergleichen taugt, während sein reiner, lebendiger, aufnahmefähiger Geist bei entsprechender Schulung vielleicht große Wissensgebiete spielerisch beherrschen könnte. Andererseits drücken ungezählte Tausende, die zwar mit guten Armen und Füßen, aber mit wenig Reizung und Eignung zu geistiger Tätigkeit ausgestattet sind, eine lange Reihe von Jahren die Schulbänke und erlösen Berechtigungen und Stellungen, denen sie nie völlig gewachsen sind.“

Auf den „Ballast“, den jetzt viele Kinder wohlhabender Eltern für die höheren Schulen bedeuten, weist Leow nachdrücklich hin, indem er die starken Abgänge aus den unteren Klassen hervorhebt. Das sind Schüler, hat er mit voller Berechtigung, die in ihrem Lebensgange einen großen Stoß erlitten haben. Eitelkeit und ein unabweisbarer Selbstaufbau brachte sie auf einen Bildungsweg, den sie nicht zu gehen vermochten. Alle diese ungeeigneten Schüler von den höheren Schulen fernzu-

halten und ihre Plätze freizumachen für begabte Schüler aus den Volksschulen — das ist die Aufgabe der deutschen Einheitschule, die kommen wird, weil sie kommen muß. Es.

### Die Alten im Wirtschaftsleben.

Nach dem Kriege wird vieles so aussehen wie früher, aber innen wird manches sich trotzdem stark verändert haben. Der Krieg gibt uns die fruchtbarsten Lehren für die weitere Entwicklung unseres Volksscharakters. Sein Gebiet unseres sozialen Lebens bleibt von ihm unberührt. Namentlich wird er auch die Auffassung sozialer Fragen in Deutschland noch mehr vertiefen. Vor allem lehrt er uns, unsere Arbeit straff zusammenzufassen und keine Kraft brach liegen zu lassen. Heute können wir wieder sparen. Was wir einst mit Unrecht als Klein schätzten, gewinnt wieder Bedeutung, und was als wertlos galt, ist kostbar geworden.

Der Krieg macht uns auch begreiflich, wie notwendig es ist, bessere Menschenökonomie zu treiben. Es gibt allerdings kein Kulturvolk, das uns hier voran ist. Unsere ganze Arbeiterfürsorge gehört in dieses Kapitel: aber vielfach haben wir diesen Begriff vor dem Kriege viel zu eng gefaßt. Menschenökonomie bedeutet nicht nur soziale Fürsorge auf dreifacher Grundlage, sondern auch die zweckentsprechende und verständige Ausnutzung vorhandener Kräfte. Hieran liegen wir es oft fehlen. Wir haben früher zahlreiche tüchtige Kräfte vor der Zeit matt gesetzt. In unserem gesamten Wirtschaftsleben galten Arbeiter und Beamte, die 40 bis 45 Jahre alt waren, als nicht mehr vollwertig. Man stellte sie ungenutzt ein. Es ist erinnerlich, daß diese Frage schon vor dem Kriege vielfach erörtert wurde. Bei allem Wohlwollen, die man ihr entgegenbrachte, wurde doch nicht viel erreicht. Man hielt nun einmal an der Ueberlieferung fest, daß mit den genannten Jahren die Höhe der menschlichen Leistungsfähigkeit überschritten sei. Aber diese Ueberlieferung ist falsch. Schon vor dem Kriege sprachen Erfahrung und Wissenschaft gegen sie, und der Krieg selbst beweist, wie recht sie haben. Unsere Landsturmmannschaften bestehen zum großen Teil aus Männern, die das vierzigste Lebensjahr überschritten haben. Sie ertragen die schwersten Anforderungen namentlich des Feldzuges im Ausland mit der gleichen Widerstandskraft wie die Jungen. Auch auf dem Gebiet der geistigen Leistungsfähigkeit hat der Krieg halb vergessene Erfahrungen wieder aufgerollt. Mülle und Gaeßler sind die besten Beispiele. Ein sehr großer Teil unserer Heerführer hat längst das im Wirtschaftsleben bisher kritische Alter hinter sich. Bis zu seinem Tode hat v. d. Goltz die Türken siegreich geführt, und er ward etwa 73 Jahre alt; Hindenburg wird 70, Madensen 68, Klud 68, Boyrich 69 und Falkenhayn, der jüngste in dieser Reihe, 59. Ihre Taten zeugen nicht von verbrauchter Kraft.

Man soll Großes mit Kleinem nicht vergleichen, aber im Wirtschaftsleben eines großen Volkes gewinnen auch massenhaft brachliegende oder halb angespannte kleine Kräfte die Bedeutung ständiger großer Verluste am Volkvermögen. Seit die Männer bis zum 45. Jahre meistens im Alter stehen, hat man aus allen Sorgenstühlen die älteren wieder herangezogen. Es gibt heute kaum einen verantwortlichen und aufreihenden Posten, der nicht mit geistigen und körperlichen Arbeitern besetzt ist, die weit über das kritische Alter hinaus sind. Und es geht. Es geht selbst unter den schwierigsten Verhältnissen der heutigen Lage. Gewaltiges wird heute geleistet von Männern, die als verbrauchte galten. Und man schon seit halb zwei

Jahren. Das ist also nicht ein Aufkommen der letzten Energie, sondern das bald zunehmende Alter. Für diese Annahme ist die Zeit so lang und die Anspannung so groß. Es ist vielmehr ein glänzender abermaliger Beweis dafür, daß der gesunde Mensch auch noch lange nach dem 45. Lebensjahre auf der Höhe seiner Schaffenskraft steht, daß er mit diesem Jahre keineswegs „halb verbraucht“ oder „minderwertig“ ist. Auch bei dem einfachsten Arbeitsvorgang wird die Kraft der Älteren gehoben durch reifere Erfahrung und größere Geschicklichkeit.

Das hatten wir fast vergessen. Dabei wurde in unserem Wirtschaftsleben das kritische Alter für Beamte und Arbeiter vielfach zu einer Lebensfrage. Kammen sie aus Stellung und Brot, so war es schwer, Erfolg zu finden. Oft wurde ihnen der jüngste Bewerber vorgezogen. Sie hatten häufig die Empfehlung, als sei das Alter für den auf Erwerb angewiesenen Mann ein Makel, und da sie meistens Witwe hatten, teilte sich dieses bittere Gefühl auch ihr mit. Natürlich hat das auch die allgemeine soziale Stimmung dieser Kreise beeinflusst. Es ist ein niederdrückendes Bewußtsein, plötzlich vor einer unüberwindlichen Scheinwand kalter Mauer zu stehen, wenn das Leben verlangt, daß wir vorwärts schreiten. Diese kalte Mauer müssen wir wegräumen. Sie besteht aus Vorurteilen, die immer schädlich sind.

Geben wir in Deutschland schon früher kein Wankendsein geführt, so werden wir nach dem Kriege wohl noch mehr arbeiten müssen als vorher. Ein weites Feld wirtschaftlicher Betätigung wird sich aufmachen. Alles Können und jede Kraft findet ihren Rahmen. Dann wird man voraussichtlich auch den Wert der älteren Kräfte in unserem Wirtschaftsleben gerechter einschätzen, ganz gleich, ob sie mit dem Hirn oder mit der schweißigen Hand pflegen.

### Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft.

Von dem schwedischen Nationalökonom Prof. Gustaf Cassel von der Universität Stockholm, der im Februar und März eine Reise durch Deutschland unternommen hat, um Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Lage kennen zu lernen, sind seine Beobachtungen in einem „Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft“ betitelten Buche niedergelegt worden, das in Schweden weitgehende Beachtung gefunden hat und jetzt auch in deutscher Uebersetzung erscheinen wird. Beachtenswert ist das Schlußurteil, zu dem der Verfasser kommt, dem wir nach der „Vossischen Zeitung“ einige Ausführungen entnehmen wollen. Der Verfasser weist darauf hin, daß zum ersten Mal unter modernen Verhältnissen der Versuch gemacht worden ist, ein ganzes großes Land vor der Außenwelt vollständig abzusperren und zum ersten Mal ein moderner Volkshaushalt, der darauf eingerichtet war, als ein Glied im Weltmarktsystem zu leben, Gelegenheit bekommen hat zu zeigen, wie er sich in einem im großen ganzen sich selbst versorgenden Staatssystem verhalten kann und unter den neuen Bedingungen fortzuleben vermag. Zuerst dachten wohl die meisten, daß Deutschland eine längere Frist aushalten könne, solange keine angemessenen Vorräte ausreichten, dann aber die Waffen strecken müsse. Als jedoch, nach 10 wochenlangem Vorüberdauern und nach Deutschlands immer noch eine unerminderte wirtschaftliche Kraft zeigte, fing man überall an, die wirtschaftliche Möglichkeit einer solchen Krisenfesthaltung zu diskutieren.

Der Verfasser betont ferner, daß der Verlauf des Krieges die Unhaltbarkeit der Vorstellung von der übertriebenen Bedeutung des ausländischen Handels für einen modernen Staat fast völlig beseitigt hat, daß ein Volk von aufgeschwemmten Reichthümern lebt, vom „Gold“ oder von großen Warenvorräten, Getreide und Kohle an den Tag gelegt habe: 1. daß ein Volk hauptsächlich von dem Leben kann, was seine eigene produktive Arbeit täglich herbeibringt und 2. daß ein Land wie Deutschland sich auch ohne Warenverkehr mit fremden Ländern zu behelfen vermag.

Kraßweg verhalte sich England immer noch an den Gedanken zu klammern, daß nur die Unvollkommenheit der Fütterung Deutschlands noch irgendwie erhalte, und es schließlich doch noch gewinnen werde, Deutschland auszunutzen, wenn man nur jedes kleine Loch noch gewissenhafter stopft. Für den höchsten und entscheidenden Beweis dafür, daß Deutschland sich auch weiter wirtschaftlich aushalten kann, hält der Verfasser den Umstand, daß Deutschland schon fast zwei Jahre dem Krieg ungeschwächt hat. Daß Deutschland nicht mehr so stark in wirtschaftlicher Beziehung wie in der letzten Friedenszeit ist, wird

von dem Verfasser nicht bestritten, die Konjunktur habe aber auch in den Tagen des Friedens eine solche Höhe erreicht, daß sie jetzt eine beträchtliche Einschränkung wohl vertragen. Der Rückgang in der Lebenshaltung — mag er auch dem Beobachter groß erscheinen und von den Betroffenen selbst als schwer empfunden werden — könne auf keinen Fall einen ersten Schaden bedeuten oder die Fortsetzung des Krieges unmöglich machen. Dauere der Krieg noch Jahre lang weiter, dann müsse natürlich Deutschland wirtschaftlich geschwächt werden, aber diese Schwächung werde nicht schneller als bei seinen Gegnern gehen. Der Gebanengang der Gegner Deutschlands, daß es spätestens in einem Jahre mit Deutschlands wirtschaftlichen Quellen aus sein müsse und unsere Feinde versuchen müßten, nur noch diese Zeit auszuhalten, sei völlig unbegründet. Selbst wenn die militärische Stellung annähernd unverändert bliebe, so würde nach dem Urteil des Verfassers die wirtschaftliche Lage für Deutschland keinen Anlaß zum Nachgeben bringen. In drei Monaten, in einem halben Jahr, in einem ganzen Jahr würde Deutschlands wirtschaftliche Kraft im wesentlichen in dem, was für die Fortsetzung des Krieges notwendig ist, ungefähr die gleiche sein, wie jetzt. Zum Schluß spricht der Verfasser die Hoffnung aus, daß all das Entschliche, das die Verlängerung des Krieges für die ganze Menschheit mit sich bringt, wenigstens nicht einja und allein deshalb über die Welt hereinbrechen möge, weil man sich immer weiter in Bezug auf Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft berechnet.

Das Buch des Prof. Cassel, dessen Charakter völlig neutral und rein wissenschaftlich und objektiv gehalten ist, zeigt unsere wirtschaftliche Lage in durchaus günstigerem Lichte und führt unseren Feinden vor Augen, wie grundlos noch einem fast zweijährigen Kriege ihre Hoffnung auf Deutschlands Auszehrung ist. Wie es manchen Kreisen des neutralen Auslandes über Deutschlands Widerstandskraft die Augen zu öffnen geeignet ist, ebenso kann es dazu beitragen, unsere eigene Widerstandskraft zu festigen und zu stärken.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 14. Juli 1916.

Die dritte ordentliche Generalversammlung der gemeinnützigen Deutschen Lebensversicherung A.-G. fand am 26. Juni im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Staatsministers Dr. Graf von Borsdorff-Wehmer statt. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, erhöhte sich trotz des Krieges der Versicherungsbestand der Gesellschaft durch einen Zuwachs von mehr als 27 200 Versicherungen mit über 10 Millionen Mark Versicherungssumme auf 2 613 856,60 Mk. Recht günstig war auch die innere Entwicklung. Die Jahresprämieinnahme ist nämlich 1915 gegenüber dem Vorjahre um 71 Prozent, und zwar von 592 265,26 Mk. auf 1 014 898,54 Mk. gestiegen, die Einnahme aus Zinsen von 47 717,65 Mk. auf 138 554,06 Mk. und der Gesamtbetrag der Einnahmen von 1 366 690,91 Mk. auf 4 002 328 Mk. Dagegen sind die Verwaltungskosten einschließlich der Ausgaben für erste Einrichtung und Organisation, aber ohne Abschluß- und Zinsabergütung gegen das Vorjahr um rund 50 Prozent, die Ausgaben für Abschluß- und Zinsabergütung um 54 Prozent gestiegen. Auch die Ausgaben für Sterbe- und Invaliditätsfälle konnten trotz des Krieges und den dafür verfügbaren Mitteln voll gedeckt werden und liegen noch einen erheblichen Ueberschuß. An den vier Krisenleihen hat sich unsere Lebensversicherung mit insgesamt 1 901 800.— Mk. beteiligt.

Die von der Gesellschaft als Wohlfahrtsunternehmen betriebene Deutsche Kriegsversicherung hat sich gleichfalls günstig entwickelt. Am 20. Mai 1916 waren im ganzen 58 043 Kriegsteilnehmer versichert, für die 763 507.— Mk. eingezahlt sind. Neue Annahmungen gehen noch täglich ein. Zu der Deutschen Kriegsversicherung ist noch die ebenfalls als Wohlfahrtsunternehmen betriebene Deutsche Kriegswaisenversicherung getreten, deren Einführung im Jahre 1915 vorbereitet wurde. Sie will Vereinen und Menschensreunden die Möglichkeit bieten, für vorzugsweise bedürftige Kriegswaisen ein möglichst hohes Ausbildungskapital nach einem besonders billigen Vertriebskollaterale zu verschaffen.

Die Generalversammlung, die unter dem Eindruck des fünfjährigen Geschäftsberichts stand, genehmigte einstimmig diesen Bericht und erteilte dem Vorstände und Aufsichtsrat Entlastung.

Die Bereinigung des verfügbaren Reingewinnes in Höhe von 46 403,03 Mk. wurde gleichfalls nach den Vorschlägen des Vorstandes und Aufsichtsrates genehmigt. Es wurden zunächst 5 Proz. = 2320,15 Mk. dem gleichzeitigen Reinertrags zugewiesen. Von dem mit 44 082,88 Mk. verbleibenden Reste wurden 70 Proz. = 30 858,02 Mk. der Gewinnreserve der mit Gewinnanteil Versicherten zugewiesen. Weitere 10 Proz. = 4408,28 Mk., die nach Beschluß der Generalversammlung im Interesse aller Versicherten zu verwenden sind, wurden dem Wohlfahrtsfonds für die Versicherten überwiesen. Von dem dann noch mit 8816,58 Mk. verbleibenden Reste standen 8000.— Mk. zur Verteilung einer Dividende auf das Aktienkapital zur Verfügung. Nach dem einstimmigen Beschluß der Generalversammlung veränderten die Aktionäre jedoch wiederum in dankenswerter Weise auch in diesem Jahre auf die Ausschüttung der ihnen zustehenden Dividende. Der dafür verfügbare Betrag wird zur Auffüllung des Organisationsfonds verwendet, der hiernach 465 989,06 Mk. aufweist. Der Rest des Gewinnes von 816,58 Mk. wurde zur Erhöhung der Kriegsvererve verwendet.

Bei der Erneuerungswahl für die sachungsmäßig alljährlich auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder beschloß die Versammlung einstimmig die Wiederwahl der ausgeschiedenen Herren.

Der Kollege Carl Prüfer, bisheriger Hauptkassierer unseres Gewerbevereins der Maler, ist mit dem Monat Juni aus dem Amte geschieden und hat Berlin verlassen, um in Berga a. d. Elster im Kreise seiner Verwandten seinen Lebensabend in Ruhe zu verbringen. Die „Freie Kunst“ wendet in ihrer letzten Nummer, die mit dem Hilde des Kollegen Prüfer geziert ist, dem aus dem Amte scheidenden Kollegen warme und wohlverdiente Worte der Anerkennung. Denn weit über ein Menschenalter hat Kollege Prüfer seine Tätigkeit der Organisation gewidmet. Mithilfe seines Gewerbevereins ist er bereits seit dem Jahre 1871. Schon im nächsten Jahre wurde ihm der Vertrauensposten des Kontrolleurs übertragen, und bald rückte er in andere Ämter ein. Zum Generalsekretär seines Gewerbevereins wurde er im Jahre 1877 gewählt. Erst auf der Generalversammlung des Jahres 1896 aber wurde er als ständiger Beamter angestellt, der zugleich den Posten des Hauptkassierers mit versehen mußte. Nunmehr Jahre ist also Kollege Prüfer als Beamter seiner Organisation tätig gewesen. Im Jahre 1906 erhielt er durch die Anstellung des Kollegen Bergmann als Generalsekretär eine Unterfristung.

Mit anerkennenswerter Treue und Gewissenhaftigkeit hat Prüfer die ihm übertragenen Ämter verwaltet und ist jederzeit bemüht gewesen, die Interessen des Gewerbevereins und auch des Verbandes nach jeder Richtung hin zu fördern und zu wahren. Mit Betriedigung kann er deshalb auf sein Lebenswerk zurückblicken und darf sich verächtlich halten, daß nun volle Anerkennung und trauer Gedanken nicht nur im engeren Kreise seines Gewerbevereins, sondern im ganzen Gesamtverbande alle Zeit gedauert wird. Möge dem Kollegen Prüfer noch ein recht langer und heiterer Lebensabend beschieden sein!

Bestimmung der Ortslöhne. Nach § 151 der Reichsversicherungsordnung sollten vom Jahre 1914 ab alle vier Jahre die Ortslöhne gleichzeitig im ganzen Reiche allgemein festgesetzt werden. Der Krieg hat die Durchführung dieser Maßnahme verhindert, so daß die erstmalige Festsetzung der Ortslöhne verlagert werden mußte. Da wider Erwarten der Eintritt des Friedens weiter hinausgeschoben worden ist, hat der Bundesrat neuerdings die Frist, für welche die erstmalige Festsetzung der Ortslöhne im ganzen Reiche gilt, bis zum Schluß des Kalenderjahres verlängert, das demnächstigen Jahre folgt, in welchem der gegenwärtige Krieg beendet ist.

Arbeitslohnvorsorge in Sachsen. In einer im sächsischen Ministerium des Inneren stattgefundenen Sitzung des Landesausschusses für Textilarbeiterfürsorge im Königreich Sachsen wurde eine Maßnahme der Unterstützung von Arbeiter der Textil- und Bekleidungsindustrie beschlossen. Als Unterlage für die Berechnung der Unterstützungssätze sollen künftig die für die Betroffenen erforderlichen Mengen an Rohstoffen, mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen dienen. Die festgestellten Bedarfsmengen sind je nach den örtlichen Preisen in ihren Geldwert umzurechnen und die so gewonnene Summe als Grundlage für den Unterstützungszuschuß zu nehmen. Für Familienangehörige gelten ent-

sprechende Zuschläge. Die bisherige Bestimmung, daß der Unterstützungslas keinesfalls höher sein darf als der verdiente Lohn, ist außer Kraft gesetzt worden. Kriegsteilnehmerfrauen können als arbeitslose Textilarbeiterinnen für sich die kriegerischen Familienunterstützung und diejenige aus der Textilarbeiterfürsorge nebeneinander in voller Höhe beziehen. Kleine Verdienste, Renten und dergleichen in Höhe von 2 Mk. bei ledigen Personen und 4 Mk. bei männlichen und weiblichen Haushaltungsvorständen werden nicht mehr auf die Unterstützung angerechnet. Die Rente von Ersparnissen bis zu 3000 Mk. und die staatliche Wohnungshilfe bleiben völlig unberührt. An in auswärtige Arbeit vermittelte verheiratete Personen wird von Fall zu Fall entprechender Unterstützungsausfluß geleistet. Wenn in die Fürsorge einbezogen worden sind die Arbeiter und selbständigen Gewerbetreibenden der Nebengewerbe der Textilindustrie und diejenigen der Konfektions-, Wäpche-, Stoffblumen- und Filzindustrie.

**Eine Anerkennung der Tätigkeit der Arbeiterorganisationen.** Die verschiedentlich während der Kriegszeit selbst an Stellen beobachtet werden konnte, mo man den Bestrebungen der organisierten Arbeiterkraft sonst feindselig gegenüberstand, kommt deutlich zum Ausdruck auch in der „Reitung der X. Armee“, die in Wilna erscheint und fützlich in einer Betrachtung über die Stellung der deutschen Arbeiterkraft in Krieg und Frieden bemerkenswerte Betrachtungen anstellt. Es wurde da zunächst verwiesen auf die Drohungen unserer Feinde, auf den militärischen Krieg den Sonderkrieg folgen zu lassen. Mit Rücksicht darauf wurde es in der genannten Zeitung als erfreulich hingestellt, wenn es gelänge, die scharfen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die vielfach vor dem Krieg ausgefochten worden sind, möglichst einzuschränken, da diese Wirtschaftskriege naturgemäß beiden Parteien Opfer kosteten. Eine Einschränkung dieser Kämpfe sei nur dadurch möglich, daß niemand mehr das Koalitionsrecht der Arbeiter antaste; jede Einträchtigung der Koalitionsfreiheit durch Arbeitgeber müsse verboten und unter Strafe gestellt werden, wenn nicht das gesamte Unternehmertum es klagend vornehme, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter selbst nicht mehr zu verletzen. Sei das Koalitionsrecht der Arbeiter in dieser Weise sichergestellt, dann könnten Arbeiter und Unternehmer als Gleichberechtigte Tarifverträge abschließen und dadurch wirtschaftliche Kämpfe wenigstens auf Zeit ausschließen. Die allgemeine Richtschnur für solche Vertragsabschlüsse läge in der Erkenntnis:

„Die Wünsche der Arbeiterschaft bewegen sich im Rahmen des Berechtigten und sind erfüllbar. Der geistige und wirtschaftliche Aufstieg der deutschen Arbeiter kommt der Industrie selbst wieder zugute. Der kulturell hochstehenden Arbeiterschaft ist es mit zu danken, daß Deutschlands Industrie einen so erfreulichen Aufschwung nahm. Die Beschäftigten der Arbeiterschaft des Arbeiters, des besten sich der Unternehmer habent, ist mit dafür entscheidend, ob im Betrieb ein Vertrag erzielt wird. Je kenntnisreicher und geschult der Arbeiter ist, desto vorteilhafter für den Unternehmer. Am deutlichsten sehen wir das in Russland, wo eine geistig und wirtschaftlich unerschütterliche Arbeiterschaft der Ermüdung der dortigen Industrie hemmend im Wege steht.“

Das sind goldene Worte, von denen man nur wünschen kann, daß sie weitestehende Beherzungen finden. Im übrigen zeigen diese Ausführungen in einer Vereinfachung von neuem, daß bei den militärischen Behörden ein soziales Verständnis sich Bahn gebrochen hat, wie man es vor dem Kriege nicht angefangen hat, und von dem zu wünschen wäre, daß es auch in allen andern Behörden zum Durchbruch gelangte.

**Terrorismus der Selben.** Selbst unter dem Burgfrieden können es sich die Selben nicht veragen, den gefährlichsten Koalitionsantagonismus auszuüben. Das zeigt eine Auseinandersetzung zwischen der neuen „Arbeiterbewegung“ und der „Köln. Volkszeitung“, bei der es sich um folgende Angelegenheit handelte: Zu den Obliegenheiten des Werkmeysters L. h. o. in Brand-Erbisdorf, der in der dortigen Firma Elite-Motoren-Werke, Aktiengesellschaft, angestellt war, gehört die Anbahnung und Erlassung der Arbeiter, die in der von ihm geleiteten Betriebsabteilung tätig sind. Bei den Elektromotorenwerken besteht ein Werkverein, der dem Kartellverband deutscher Werkvereine in Berlin angehört. Meister Thomas ist selbst Mitglied des Werkvereins. Montags, den 25. Januar 1915, vormittags oder mittags, nahm er den Neuen Seifert in dem Geschäftszimmer der Fabrik als Maschinenarbeiter für den Betrieb der Elektromotorenwerke an. Der Neue Arnold legte ihm eine Beitrittserklärung zu dem Werkverein zur Unterzeichnung vor. Seifert erwiderte ihm, er

wolle sich noch überlegen. Am folgenden Tage forderte ihn Meister Th. auf Arnolds Veranlassung auf, bei diesem die Erklärung seines Beitritts zu dem Werkverein zu unterzeichnen. Dabei sagte er ihm auch, daß er — Seifert —, wenn er dem Verein nicht beitreten wolle, mit seiner Arbeit aufhören müsse und daß er es sich noch überlegen solle. Seifert gab keine bestimmte Erklärung darauf ab, unterzeichnete aber die Beitrittserklärung nicht. Bei der Lohnzahlung am 30. Januar 1915 fürzte ihm Arnold trotzdem an seinem Lohn 30 Pfg. als Wochenbeitrag für den Werkverein, wie er das bei den Mitgliedern des Vereins regelmäßig tat. Darüber beschwerte sich Seifert bei dem angeklagten Th. Dieser erwiderte ihm, wenn er dem Verein nicht beitrete, müsse er mit seiner Arbeit aufhören und wiederholte, als Seifert auf der Zahlung der 30 Pfg. bestand: „Wenn Sie nicht beitreten, hören Sie auf.“ Daraufhin ließ sich Seifert von Arnold seinen Lohn samt den 30 Pfg. und seine Papiere aushändigen und gab seine Tätigkeits bei den Elektromotorenwerken auf. Gleichzeitig aber erbatete er Strafanzüge beim Schöffengericht, das den Thomas wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung auf einem Tage Gefängnis verurteilte. Gegen das Urteil legte der Beklagte Berufung ein, die aber von der Berufungsinstanz zu Freiburg i. Sa. verworfen wurde. In der Urteilsbegründung wurden oben angeführte Tatsachen festgestellt. Damit ist also gerichtsmäßig festgestellt, daß seitens der Selben auch jetzt noch der schärfste Koalitionsantagonismus ausgeübt wird.

**Gut gegeben!** „Der Löffel“, das Fachorgan des Zentralverbandes der Löffler, berichtet in seiner Nr. 26 des Jahresbericht des Verbandes der Kirch-Dünderischen Gewerbevereine und bemerkt unter anderem: „Daß die Kirch-Dünderischen Gewerbevereine von den Einberufungen weit weniger stark betroffen wurden, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß dort die älteren Jahrgänge verhältnismäßig stärker vertreten sind. Das ist wiederum dem Umstand zu danken, daß viele Gewerbevereine mit Krankenkassen verbunden sind, die sich als gutes Mittel erwiesen haben, Leute an die Organisation zu fesseln, die ihre in der Krankenkasse erworbenen Rechte nicht preisgeben möchten.“ Und am Schluß heißt es: „Man kann dem „Gewerbeverein“ ausstellen, daß er notwendig ist, angesichts der Jahresabrechnung auszusprechen, daß die Grundlagen der Organisation vom Krieg unerschüttert geblieben sind. Allerdings hatten die Gewerbevereine auch schon vor dem Kriege in der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland nur eine geringe Bedeutung. Daß in dieser Beziehung in absehbarer Zeit eine Veränderung eintritt, ist wenig wahrscheinlich.“

Dazu bemerkt treffend das Organ unseres Gewerbevereins der Deutschen Löffler:

„Die Reihen des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine haben sich durch Einberufungen zum Heere ebenfalls sehr stark gelichtet. Es sind Ortsvereine vorhanden, von welchen bis zu 70 Pct. ihrer Mitglieder einberufen worden, und bei einzelnen Gewerbevereinen bis zu 50 Pct. Gewiß ist auch ein alter Bestand an Mitgliedern vorhanden, dieselben sind auch ohne Krankenkasse ihrer Überzeugung treu geblieben und halten in dieser schweren Zeit fest geschlossen und Treue, ja sie sind sogar in die Reihen eingetragenen und haben die Geschäfte weiter geführt, wodurch eine geringe Kasse- und Durchführung möglich war. Diese Überzeugungstreue ist auch nicht ohne Einfluß auf die Agitation und Erhaltung der Mitglieder geblieben. Die Gewerbevereine streben schon seit ihrer Gründung danach, die Arbeiterschaft vor allem der Organisation auszuführen, um dieselbe zu stärken und weiter auszubauen, um die berechtigten Forderungen der arbeitenden Klassen in sozialer sowie in wirtschaftlicher Beziehung energisch vertreten zu können und zum Ziele zu führen. Wenn die Deutschen Gewerbevereine außerdem noch gut funktionierende Krank- und Begräbniskassen besitzen, so ist das gewiß zu begrüßen, und wir danken heute noch unserem unerschütterlichen Gründer und Führer Dr. Max Pirich für seinen weitwärtigen Blick bei Gründung dieser Kassen. Gerade jetzt in dieser schweren Zeit hat sich eine solche gesunde Einrichtung als das Bewährte, was sie ist. Die Gewerbevereine konnten zu jeder Zeit ihren Verpflichtungen voll und ganz nachkommen; sie brachten die Beiträge nicht erhöhen und auch die Unterhaltungen nicht kürzen beginn, aufhören, wie das bei anderen Verbänden der Fall war. Trotz alledem kommt bei einem überzeugten Gewerbevereiner zuerst der Gewerbeverein und dann die Krank- und Begräbniskasse. Und um mit dem „Der Löffel“ zu reden, haben nicht schon viele Verbände ihrer Richtung Krankenkassen, die sogenannte Gewerkschaften, eingeführt? Also eine Nachahmung unserer Einrichtungen, aber nicht auf der gefundenen Basis wie bei den Deutschen Gewerbevereinen.“

Das für eine Bedeutung die Gewerbevereine vor dem Kriege gehabt und nach dem Kriege haben werden, darüber wollen wir heute nicht schreiben, schon des Burgfriedens wegen nicht, aber das eine heißt fest, daß wir während des Krieges nicht umguterneen bräuden, daß die

anderen Verbände, selbst die am weitesten links stehenden, unsere guten Einrichtungen größtenteils nachgeahmt haben und gerade jetzt während des Krieges, dem Programm der Deutschen Gewerbevereine entsprechend, ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten bis hinauf zu den höchsten Behörden ermöglichen, was nicht nur zum Ansehen und Förderung der Arbeiter-Verbände beigetragen hat, sondern auch nach dem Kriege von großem Vorteil für die Gesamtarbeiterschaft sein wird, wenn man sich vor allem gegenseitig achtet, gemeinschaftlich zusammenarbeitet und den Bruderkampf gegen die Gewerbevereiner aufgibt.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Die schlagfertige Antwort paßt auch für alle andern die es sich selbst in dieser schweren Zeit nicht verfeinern können, die andere Organisationsrichtung herunterzureißen.

**Die Forderung von Lohnämtern für die Heimarbeit** findet beinahe bei den deutschen Reichsbehörden keinen Anklang, obwohl man in Australien, England und Amerika aus Erfahrungen damit gemacht hat und man sich sogar in der Kriegszeit in Frankreich dazu entschlossen hat solche Einrichtungen zu schaffen. Vor nicht allzulanger Zeit hat sich auch die norwegische Regierung entschlossen, eine Regelung der Heimarbeit in dem erwähnten Sinne vorzunehmen. Der zu diesem Zweck eingesetzte Heimarbeitenausschuß hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der nach der „Soz. Prax.“ folgende Bestimmungen enthält:

Jeder Arbeitgeber hat Bezugsämter der von ihm beschäftigten Arbeitermeister und Heimarbeiter zu führen und jährlich der Fabrikaufsicht einzusenden. Werden in einem Betriebe mehr als 2 Heimarbeiter beschäftigt, so sind Lohnlisten einzuzeichnen; auch sind Lohnbücher zu führen. Der Gewerkschaftsamt wird der Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter übertragen; zu diesem Zweck werden ihm allgemeine gehaltenen Befugnisse gewährt.

Der Gesetzentwurf sieht ferner die Errichtung eines Hausindustriekartells vor, das aus einem Vorsitzenden, 2 Mitgliedern und ebensoviele Stellvertretern besteht, die für 3 Jahre zum König ernannt werden; ein Mitglied und dessen Stellvertreter sollen Frauen sein. Dem Hausindustriekartell liegt die Oberaufsicht über die Durchführung des Gesetzes ob; er hat Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse anstellen und erforderlichenfalls die Festsetzung von Mindestlöhnen zu beantragen.

Findet der Rat nach einer Untersuchung, daß die Lohnverhältnisse in einem Hausindustriekartell einer Gemeinde unbefriedigend sind, so kann er die Errichtung eines Lohnamtes zur Beschäftigung von Mindestlöhnen beschließen, und zwar entscheidet die Errichtung eines Lohnamtes für die gesamte Hausindustrie oder besonderer Lohnämter für einzelne Zweige derselben. Jedes Lohnamt besteht aus einem Vorsitzenden und wenigstens 2 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern und ebensoviele Stellvertretern, welche von der betreffenden Partei nach den vom Hausindustriekartell aufgestellten Regeln gewählt oder, wenn eine solche Wahl nicht ohne Schwierigkeiten durchzuführen ist, vom Rat auf Grund von Vorschlägen ernannt werden. Die Lohnämter haben die Befugnisse in der Heimarbeit in den Gewerben oder Gewerbebezirken, für welche sie errichtet sind, zu regeln und Mindestlöhne festzusetzen, wobei für verschiedene Arbeitergruppen verschiedene Lohnsätze festgesetzt werden können. Bei der Festsetzung der Mindestlöhne ist auf die örtlichen Löhne in Fabriken und Werkstätten sowie auf jene für andere Heimarbeiter mit gleicher oder ähnlicher Arbeit Bedacht zu nehmen. Das Verhältnis zum Verdienst der Fabrik- und Werkstättenarbeiter soll so gehalten werden, daß die Heimarbeit nicht bedrängt wird. Die Mindestlöhne müssen dem Hausindustriekartell zur Genehmigung vorgelegt werden; bevor dieser seine Entscheidung trifft, hat er den beteiligten Parteien Gelegenheit zu weiteren Äußerungen zu geben.

Der festgesetzte Mindestlohn ist den Arbeitern unfällig, ohne irgend welche Abzüge an den Zwischenwöchentlich, auszubehalten. Auslagen für Zinsen, Zeitverlust usw. sind durch eine besondere Zulage zu entschädigen, wenn nicht in den Vereinbarungen ausdrücklich ausgesprochen ist, daß sie in den Mindestlöhnen eingerechnet sind.

Sehr bemerkenswert ist die Bestimmung, daß wenn in einem Gewerbe für das Mindestlöhne festgesetzt sind, Tarifverträge aufzuheben, die vom Lohnamt bestimmten Lohnsätze außer Kraft gesetzt werden können. Die freie Vereinbarung soll also unter allen Umständen ausrecht erhalten werden.

**Ämtlicher Teil.**

**Üntzung**  
 über eingelebte Beiträge für die Verbands- und Organzelle des II. Quartals 1915.

Wiltbauer: Hauptkaffe 24. 87.58. Eisenbahner: (Bürthomburg) Hauptkaffe 100.00. Fabrik- und Gewerbearbeiter: Hauptkaffe 1468.62. Frauen und Mädchen: Hauptkaffe 88.37. Gemeinheitsarbeiter: Hauptkaffe 91.94. Soldatenarbeiter: Hauptkaffe 312.25. Anhaltische: Hauptkaffe 19.60. Maler, Lackierer etc.: Hauptkaffe 113.00.

Maschinenbau- und Metallarbeiter: Hauptkaffe 4368,00.
Schreiber: Hauptkaffe 259,72. Schuhmacher und Leder-
arbeiter: Hauptkaffe 619,48. Zigarren- und Tabak-
arbeiter: Hauptkaffe 280,80. Brauer: Berlin 115,90
Bremen 2,10, Dessau 6,06, Dortmund 11,94, Dresden
16,00, Erfurt 3,22, Erlangen 3,40, Jena 0,84, Leipzig
24,80, Magdeburg 26,40, Mühlheim-Auhar 2,10, Rostock
2,52, Stuttgart 6,06, Weihenfeld 2,46, Wiesbaden 2,80.
Maschinen: Hamburg 11,30. Privat: Volkshilfe-
kasse 3,00, Verein für Bergbauliche Interessen, Offen
7,00, R. Müller-Berlin 0,93, Robt-Frederg 0,93. Ver-
kaufte Drucksachen 57,70. Summa Mark 8364,96.

Berlin, den 11. Juli 1916.

R. Klein, Verbandskassierer.

Aus dem Verbands.

Hamburg. An Stelle des zum Kriegsdienst einberufenen Kassierers, Kollegen Diekmann, leitete die letzte Ortsverbandversammlung der Kollege Seiler.
Zunächst wurden einige Bewußtseinsangelegenheiten erörtert; insbesondere wurde die Lohnbewegung auf den Schiffswerften eingehend besprochen. An den gemachten Zugeständnissen wurde harte Kritik geübt. Weitere Verhandlungen mit den Werften sind noch im Gange.
Sodann erkrankte Kollege Rebius als Vertreter im Kriegsausschuß für Komplementinteressen einen kurzen Bericht. Er wies auf die Reuerungen hin, die im Reichsärzternstitut und in der Reichsfeuerberufung getroffen worden sind, und hob hervor, daß diese Veränderungen in dem Sinne der vom Ortsverband an den Senat gerichteten Eingabe geschehen sind. In der Aussprache kam eine starke Mißstimmung wegen der unzureichenden Lohnverhältnisse zum Ausdruck.
Nach der Ansicht wurde geäußert, daß unsere Vertreter noch energischer gegen den Kaiser eintreten müßten. Auch mehrere aufrichtiger Erwiderungen wies Kollege Rebius darauf hin, daß durch die Errichtung des Kriegsernährungsamtes und die voraussichtlich reichliche Ernte sicherlich eine Besserung in der Lebensmittelversorgung eintreten werde. Diese Besprechungen hatten so viel Zeit in Anspruch genommen, daß der Bericht über den Verbandstag vertagt werden mußte. Zum Schluß der Versammlung richtete der Vorsitzende noch mancherlei Worte an die Anwesenden, daß sie, schon aus Dankbarkeit gegen die im Felde stehenden Kollegen, mehr als bisher ihre Pflicht tun müßten. Der Sieg unserer Waffen werde auch ein Sieg der deutschen Arbeiterkraft sein. Deshalb müßte dies als ihre Pflicht erachtet, alles daran zu setzen, daß auch die Organisation gefördert werde. Mit dem Ausdruck des Wunschens auf einen künftigen ehrenvollen Frieden wurde sodann die Versammlung geschlossen.

Ernst Rebius, Schriftführer.

Bersammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerbetreue (G.D.). Verbandstag der Deutschen Gewerbetreue, Greifswalderstr. 21-23. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr.
Kontingentschiffen Berlin Groß-Berlin (Ortsverein II G.D.). Sitzung jed. 2. u. 4. Dienstag im Monat, abds. 8 Uhr, im Restaurant Dese, Holzmarktstr. 5. Die beiden anderen Dienstagsitzungen, Südpovstr. 93 b. Gericht.
Sonntag, den 15. Juli 1916. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII. Abends 8-10 Uhr Jahnplatz, Schönhauser Allee 130.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung im Buchhops Gesellschaftshaus, Bremen, Kellenstr. 10 (Südwall-Distrikterklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Kantien, Sandtortstraße 42.
Danzig (Ortsverband). Gemeinsame Versammlungen aller Berufsvereine Sonntag vor dem 1. des Monats, abends 8 1/2 Uhr im Schuhmacher-Gewerkschafts-Haus, Westfälischer Straden 9.
Dessau. Gewerbetreue-Verband im Verein 'Fasan', Marktstr. 11.
Eberfeld-Barmen (Ortsverb.). Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung.
Eisenhütten, Eisenwerk- und Eisengießerei-Ges. - Frankfurt a. D. (Gewerbetreue-Verein). Jeden Freitag von 8-10 Uhr.
Eisenhütten, Eisenwerk- und Eisengießerei-Ges. - Frankfurt a. D. (Gewerbetreue-Verein). Jeden Freitag von 8-10 Uhr.
Eisenhütten, Eisenwerk- und Eisengießerei-Ges. - Frankfurt a. D. (Gewerbetreue-Verein). Jeden Freitag von 8-10 Uhr.
Eisenhütten, Eisenwerk- und Eisengießerei-Ges. - Frankfurt a. D. (Gewerbetreue-Verein). Jeden Freitag von 8-10 Uhr.

Ziegel (Distrikterklub f. Ziegel, Porzellan- u. Reinleindorf). Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Römer, Schlieperstr. 28, Ecke Schönebergerstraße.
Thorn (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Bauerstraße 62.
Weißhaus (Distrikterklub). Jeden Donnerstag, abds. von 8 1/2-10 1/2 Uhr.
Worms (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Vierteljahr, nachm. 4 Uhr.
Worms (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Vierteljahr, nachm. 4 Uhr.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Glin a. Rh. (Ortsverband). Wilhelm v. Eiden, Kassierer, An der Höhe 17 I.
Oberhausen i. Rheinl. (Ortsverband). Heinrich Rommert, Kassierer, Uhländstr. 87.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Georg Wogener, Der Ball von Essen und Feuer. (Ein Jahr an der Westfront.) Leipzig, F. A. Brockhaus, 1916. 192 Seiten. 1 RM.
Aus der Praxis der Kriegshinterbatterien. Referate gehalten auf der 2. Tagung des Hauptauschusses der Kriegsgewinn- und Waisenfürsorge am 27. 11. 1916 im Reichsgebäude in Berlin. Ergänzt durch schriftliche Berichte. Preis 1 RM. Carl Neumann Neudamm, Berlin SW. 8. Nummer 43-44.
Das Betriebswesen und die Geschäfts- und Buchführung in den Betrieben. Von Richard Raithe, Leipzig-Gohlis, Breitenfelderstr. 5. Preis 96 Pfg. Selbstverlag des Verfassers.
Deutsche Geschichte für das deutsche Volk. Von Dr. Ulrich Wehner, 152 Seiten stark. Geb. RM. 1.-, geb. RM. 1.80. Stuttgart, Franck'sche Verlagsbuchhandlung.
Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Kaufmänner für 1915. Erschienen zu Händen des 13. ordentlichen Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Kaufmänner am 19. und 20. Juni 1916 in Hannover von dem geschäftsführenden Vorstände Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller, Hugo Wälfel. Preis 5 RM. Druck und Verlag der Verlagsgesellschaft deutscher Kaufmänner m. b. H., Hamburg.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Kassen-Abgleich der Begrüßungskasse des Verbandes der Deutschen Gewerbetreue für das II. Quartal 1916.

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, and sub-columns for each. Includes entries for contributions and expenses.

Table with columns: Gemeinvermögen, Rennwert, and Bestandwert. Lists various assets and their values.

Mitgliederzahl: 2031.

Berlin, den 1. Juli 1916.

R. Klein, Hauptkassierer.

Geprüft und richtig befunden.

Berlin, den 7. Juli 1916.

Der Aufsichtsrat:

H. Kästig, Hermann Scharrf, K. Reiff.

Verbandskassierer: Hermann Scharrf, Berlin NO, Westfälischer Str. 21-23. - Druck und Verlag: Weebe & Wallmeil, Berlin SW, Potsdamerstr. 116

Hohenzollern (Ortsverband). Durchreisende Kollegen (den Bedarf erhalten) Reisenerstattung beim Kollegen K. o. J., Rostock 10.

Waldheim (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Drückgehalt bei dem Kassierer ihrer Ortsvereine.

Weser (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstüzung; zu erhalten ist bei dem Ortsvereinskassierer und bei G. Riemeyer, Kaiser-Friedrich-Str. 18.

Wiesbaden u. Umg. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreuekollegen erhalten eine Unterstüzung bei den Kassierern.

Wilmshausen (Ortsverb.). Durchreisende erhalten ein Ortsgehalt von 75 Pfg. im Verbandslokal Restaurant Sippner, Synagogenstr. 2.

Wolfsberg (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreuekollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgehalt beim Kollegen O. Reinhold, Mohrenstraße 7.

Worms i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandgehalt bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgegahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer F. Köpfigmieder, Mühlstraße 28.

Worms i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreuekollegen erhalten ein Rücklager und frühstück oder eine kleine Reisenerstattung in der Geschäftsstelle bei Ortsverbandskassierer nationaler Arbeiter-Vereinigungen, Elisabethstraße 8.

Worms i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgehalt von 75 Pfg. beim Kassierer Konrad Dörr, Martinstr. 14.

Worms i. Schl. (Ortsverb.). Unterstüzung für durchreisende, arbeitslose Kollegen bei G. Seidel, Schloßstr. 15.

Worms i. Schl. (Ortsverb.). Der Arbeitsnachweis des Ortsverbandes der Deutschen Gewerbetreue befindet sich beim Kol. Aug. Degebradt, Werderdamm 2. Die Ortsgehalte für durchreisende Kollegen werden ebenfalls dafelbst ausgegahlt.

Worms (Ortsverb.). An durchreisende Kol. wird eine Unterstüzung von 0,75 RM. gezahlt durch den Ortsverbandskassierer August Seidenricker, Paulstr. 20 und im Gewerbetreuebüro Blumentalstr. 1.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreuekollegen erhalten ein Ortsgehalt von 1 RM. beim Ortsverbandsdorfenden R. Bentzen, Borsere Vorstadt 35.

Worms (Ortsverb.). Das Arbeitersekretariat befindet sich Narusstr. 15. Telephon Gruppe VI 9715. Auszahlung der Kassegehalt und Arbeitsvermittlung.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reisenerstattung 75 Pfg. bei Rüdighahn, Schottlandstr. 23.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Gehalt von 1 RM. beim Ortsverbandskassierer J. Martini, Götterbergstr. 18 I.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgehalt von 75 Pfg. beim Kassierer Konrad Dörr, Martinstr. 14.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Unterstüzung für durchreisende, arbeitslose Kollegen bei G. Seidel, Schloßstr. 15.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Der Arbeitsnachweis des Ortsverbandes der Deutschen Gewerbetreue befindet sich beim Kol. Aug. Degebradt, Werderdamm 2. Die Ortsgehalte für durchreisende Kollegen werden ebenfalls dafelbst ausgegahlt.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). An durchreisende Kol. wird eine Unterstüzung von 0,75 RM. gezahlt durch den Ortsverbandskassierer August Seidenricker, Paulstr. 20 und im Gewerbetreuebüro Blumentalstr. 1.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreuekollegen erhalten ein Ortsgehalt von 1 RM. beim Ortsverbandsdorfenden R. Bentzen, Borsere Vorstadt 35.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Das Arbeitersekretariat befindet sich Narusstr. 15. Telephon Gruppe VI 9715. Auszahlung der Kassegehalt und Arbeitsvermittlung.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reisenerstattung 75 Pfg. bei Rüdighahn, Schottlandstr. 23.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Gehalt von 1 RM. beim Ortsverbandskassierer J. Martini, Götterbergstr. 18 I.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgehalt von 75 Pfg. im Verbandslokal 'Zum Rheinpfal' (Mühlstr. 4).

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Sozialunterst. bei Kummel, Jappstraße 11.

Worms a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Sozialunterst. bei Kummel, Jappstraße 11.